



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/185 - 15. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24894-33

Fernschreiber 0886890

| | |
|---|------|
| Es gibt keinen wirksamen Schutz | S. 1 |
| Kraftprobe in Lodz | S. 4 |
| Zur Kölner Tagung der Freien Berufe | S. 5 |
| Mit Ollenhauer im Wahlkampf | S. 7 |
| Taschengeldkontrolle für Interzonenbesucher | S. 9 |

A t o m g e f a h r

Von Professor Dr. Karl Bechert

Professor Pascual Jordan, der theoretische Physiker an der Universität Hamburg, den die Bundesregierung so gern als Kronzeugen nennt für ihre Politik der Verharmlosung der Atomgefahren, behauptet immer wieder in Aufsätzen und Zeitungsartikeln, es gebe wirksamen Schutz gegen einen Angriff mit Kernwaffen. Das ist nicht wahr, Jordan weiss selbst dass es nicht wahr ist. Denn in seinem Buch "Der gescheiterte Aufstand", das im vorigen Jahr erschienen ist, steht dem Sinn nach: Bei einem grossen Krieg wird die Erdoberfläche so verseucht, dass diejenigen, die sich in Bunker haben retten können, etwa fünf Jahre unter der Erdoberfläche leben müssten, Erst nach dieser Zeit kann man wieder heraus, wenn der "Atomgestank", wie Herr Jordan sich ausdrückt, abgeklungen ist. Und dasselbe hat Professor Teller, der Vater der Wasserstoffbombe, für die Vereinigten Staaten gesagt und hinzugefügt: Dann müsse man erst feststellen, in welchem Gebiet der Vereinigten Staaten man dann noch leben kann. Jordan ist übrigens kein sehr überzeugender Vorkämpfer zum Schutz der Bevölkerung. In seinem Buch "Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens" heisst es in einer der vor dem Kriegsende erschienenen Auflage: "Nicht jedes Volk hat das Glück, einen Führer von der Aktivität eines Vulkans zu haben." Nun, die Wirkungen dieser vulkanischen Tätigkeit können wir an den zerstörten Städten unserer deutschen

Heimat studieren.

Jordan meint allen Ernstes, die nach einem Atomkrieg überlebende Menschheit werde fünf Jahre unter der Erde aushalten können. Offenbar hat er nicht die einfachsten Überlegungen dazu angestellt, was das bedeuten würde: Versorgung von Millionen von Menschen mit unverseuchten Lebensmitteln - es müssten also riesige Lebensmittelvorräte verseuchungsicher vorhanden sein - frisches unverseuchtes Wasser für Millionen von Menschen - man kann aber mit den heutigen Mitteln stark verseuchtes Wasser nicht so weit von Radioaktivität befreien, dass man es trinken kann, wie alle Wasserfachleute wissen und immer wieder betonen, ohne dass dies die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik erfährt - es müssten die Abfälle beseitigt werden, die Kranken und Verletzten betreut werden, ohne dass ihre Ausscheidungen, ihre Bettwäsche die Gesunden gefährden kann - jede Berührung kann radioaktive Verseuchung übertragen. Und was sollen die Menschen fünf Jahre unter der Erde tun? Still im Kämmerlein sitzen? Oder glaubt Herr Jordan, dass sie unter der Erde viel Bewegungsfreiheit haben werden? Die Menschen werden sich vor Langeweile totschlagen.

Herr Jordan hat vor kurzem als Hauptgefahr für einen Weltraumflug den Koller bezeichnet, den die Weltraumfahrer bekommen könnten in ihrer Abgeschlossenheit von normalen menschlichen Lebensbedingungen. Glaubt er, dass es unter der Erde anders wäre? Wenn eine menschliche Katastrophe vermieden werden soll, müsste es unter der Erde wenigstens in beschränktem Ausmass staatliches und wirtschaftliches Leben geben, Strassen zwischen den unterirdischen Städten, Eisenbahnen, Handel und Verkehr. Ist Herr Jordan so weltfremd, das für möglich, ausführbar zu halten und gar nach einem urwelthaften Ereignis wie einem Atomkrieg, mit riesigen Feuerstürzen und Erderschütterungen von ungeheuerlichem Ausmass? Was wird dann von den unterirdischen Strassen und Eisenbahnen noch da sein?

Es ist bewusste Irreführung, was da getrieben wird, wenn der Angriff auf Hiroshima mit dem verglichen wird, was wir zu erwarten hätten. Weiss Herr Jordan nicht, dass eine einzige Atomgranate die Wirkung einer Hiroshima-Bombe hat? Die Göttinger Erklärung sagt es deutlich und

jeder Physiker kann sich klar machen, dass diese Behauptung richtig ist. Weiss Jordan nicht, dass man nicht nur e i n e Atombombe werfen wird, wie in Hiroshima, wo doch eine einzige Bombe bereits die Großstadt völlig verwüstet hat? Weiss er nicht, dass Atomgranaten und Atomraketen in grosser Zahl bereit liegen, und dass jede so viel an Zerstörung leisten kann wie eine Hiroshima-Bombe? Weiss er nicht, dass Wasserstoffbomben eine rund tausendmal grössere Energieentwicklung und entsprechend höhere Zerstörungskraft haben als die Hiroshima-Bombe? Und wenn der Westen nur "saubere" Wasserstoffbomben verwenden würde in einem kommenden Atomkrieg, die radioaktive Verseuchung wäre dann zwar wesentlich geringer als bei der Verwendung schmutziger Wasserstoffbomben, aber die Zerstörungskraft wäre immer noch ungeheuer viel grösser als bei einem Angriff mit Hiroshima-Bomben. Wer aber garantiert uns, dass die Russen nicht die viel wirksameren "schmutzigen" Wasserstoffbomben verwenden werden, die riesige Landstrrecken radioaktiv verseuchen können - wie die Göttinger Erklärung deutlich sagt - und noch grössere Zerstörungskraft haben als die sauberen Wasserstoffbomben? Wo zu das Gerde von den "sauberen" Wasserstoffbomben, wenn man damit nicht bloss die Weltöffentlichkeit irreführen will?

Weiss Herr Jordan nicht, dass das englische Weissbuch über die Umrüstung, das im Jahr 1957 erschienen ist, ganz deutlich sagt: Es muss offen zugegeben werden, dass es keinen wirksamen Schutz für die Bevölkerung Grossbritanniens gibt gegen einen Angriff mit atomaren Waffen? Wenn Herr Jordan sich auf Atombunker Schwedens beruft, weiss er denn nicht, dass diese gebaut wurden, bevor es Wasserstoffbomben gab, und dass sie nur zum Schutz gegen Bomben von der Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe gebaut sind, nicht gegen Wasserstoffbomben? Ist es nicht deutlich genug, dass der für alle Forschungsvorhaben der amerikanischen Wehrmacht zuständige Mann, General Gavin, im vorigen Jahr vor einem Ausschuss des amerikanischen Parlaments gesagt hat: In einem kommenden Atomkrieg werden die Vereinigten Staaten nicht verhindern können, dass es auf der Seite ihrer eigenen Verbündeten mehrere hundert Millionen Tote geben wird?

Es gibt nur e i n e n Schutz gegen den Atomkrieg: Abrüstung. Es ist das geschichtliche Verdienst des Präsidenten Eisenhower auf der jetzigen Londoner Abrüstungskonferenz, immer wieder zu versuchen, zu einem Abkommen zwischen den Grossen Drei: England, Russland und den Vereinigten Staaten, zu gelangen über die zeitweilige Einstellung der Atomwaffenversuche, über die zeitweilige Einstellung der Atomwaffenherstellung, und darüber, dass nur die Grossen Drei Atomwaffen haben sollen. So würde wenigstens ein erster Schritt zum Frieden getan sein. Hoffen wir, dass es Eisenhower gelingt!

Das Dilemma Gomułka

Von unserem A.-E.-Mitarbeiter für Osteuropa

Der Streik von 5000 Strassenbahnern und Omnibusfahrern in Lodz, der grössten polnischen Industriestadt, ist nicht der erste seit den stürmischen Tagen des Posener Aufstandes vom Juni vergangenen Jahres. Eine der Errungenschaften der polnischen Oktoberrevolution war, ungewöhnlich für einen kommunistischen Staat, die Anerkennung des Streikrechts für Arbeiter und Angestellte. Seitdem wurde in vielen Industriegebieten davon Gebrauch gemacht; zuletzt in den Eisenbahn-Reparaturwerkstätten in Bromberg, im Eisen- und Stahlkombinat von Nowa Huta bei Krakau und in der berühmten Cegielski-Fabrik in Posen, deren Balagschaft das Startsignal zum Aufstand gegeben hatte. Die Streiks in diesen Betrieben verliefen sozusagen normal. Die Staatsgewalt griff nicht ein und überliess die Regelung der Streitfragen den Verhandlungen zwischen Streikenden und Betriebsführern. In der Regel drangen die Streikenden mit ihren Forderungen durch. Gomułka vertrat bisher den Standpunkt, dass man die Streiks nicht unterdrücken dürfe.

Alle Beobachter Polens stimmen überein, dass der Streikwelle, die mit Lodz ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, Lohnkonflikte zugrunde liegen. Der Lebensstandard der polnischen Arbeiter ist ausserordentlich niedrig. Polens Wirtschaft leidet unter den Folgen einer von den Stalinisten überstürzt durchgeführten Industrialisierung mit inflationistischen Erscheinungen. Die von Westen erwartete Hilfe ist bisher ausgeblieben. Die beschwörenden Aufträge des polnischen Ministerpräsidenten an die Arbeiterschaft, angesichts der gespannten wirtschaftlichen Lage Einsicht zu zeigen und ihr Streikrecht nicht auszuüben, fanden nicht den von ihm erhofften günstigen Widerhall. Andererseits hat er es aber verstanden, durch die Entsendung von prominenten Vertretern der Regierung dort, wo es zu Arbeitskonflikten gekommen war, diese durch Entgegenkommen wieder zu schlichten.

In Lodz ist der Streik weniger normal verlaufen. Die Wellen der Unzufriedenheit schlugen hier höher als anderswo. Nicht ausgeschlossen ist es jedoch, dass die ersten Zwischenfälle mit der Polizei von Sta-

linisten verursacht wurden, die auf jede Gelegenheit warten, den ihnen verhassten Gomulka Schwierigkeiten zu bereiten. Das nun erfolgte gewaltsame Niederschlagen des Streiks unter Einsatz von Militär und Polizei war für die polnische Regierung ein grosses Risiko, das sie gewiss nicht leichtfertig einging. Es schloss die Gefahr einer Wiederholung der Posener Vorgänge mit unübersichtbaren Rückwirkungen auf das Verhältnis zur Sowjetunion ein. Die Gomulka-Regierung sah sich ausserstande, die Streikforderungen zu erfüllen, musste sie doch befürchten, dass damit eine das ganze Land erfassende Lohnwelle ausgelöst worden wäre, von der niemand wusste, wie sie hätte aufgefangen werden können. Bisher hat Gomulka aber immer noch den Weg zur Umschiffung auch der gefährlichsten Klippen gefunden. Die Ankündigung der polnischen Behörden, dass sie zwar die grundlegende Berechtigung der Forderungen der Strassenbahner anerkenne, aber eine Fortsetzung wegen der "Gefährlichkeit der Situation" nicht akzeptieren können, lässt das Dilemma erkennen, in das die polnische Regierung durch die Lodzer Ereignisse geraten ist. Sicherlich wäre es verfehlt, sie zu dramatisieren, wogegen schon der Umstand spricht, dass die Aktion der Strassenbahner anscheinend keine aktive Unterstützung bei den übrigen Industriebetrieben von Lodz gefunden hat.

* * *

Freie Berufe: CDU liess uns im Stich

Bo. "Die Steuerwünsche der Freien Berufe sind in erster Linie von der SPD vertreten worden." Das wurde auf der Tagung des Bundesverbandes der Freien Berufe erklärt, die kürzlich in Köln stattfand. Die Anerkennung der sozialdemokratischen Arbeit durch die Freien Berufe bezog sich aber nicht nur auf Steuerfragen. Vielmehr wurde deutlich, dass das ganze Problem der Förderung der Mittelschichten von der Sozialdemokratischen Partei am tiefsten erkannt und am wirksamsten bearbeitet wurde. Der CDU wurde bescheinigt, dass bei ihr die "Gruppe der Freien Berufe weiterhin unberücksichtigt geblieben" sei.

Damit zeigen die Ärzte, Apotheker, Anwälte, Steuerberater,

Architekten, Ingenieure, Künstler, Autoren und die übrigen Angehörigen der Freien Berufe, dass sie die richtigen politischen Schlüsse aus ihrer sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Lage zu ziehen instande sind. Die Menschen, die in den Freien Berufen tätig sind, haben heute ganz allgemein im Unterschied zu früheren Zeiten keinen sicheren wirtschaftlichen Boden mehr unter den Füßen. Sie sind der Zwangsanpassung an die von der Grosswirtschaft beherrschte Arbeitsstruktur unterworfen, ohne dabei auch nur die Sicherung ihres Lebensabends in einem Masse zu gewinnen, wie sie die Arbeiter und Angestellten bereits haben.

Ihre veränderte gesellschaftliche Situation öffnet den Freiberuflichen auch die Augen für weitere politische Probleme. Nahmen sie die sozialdemokratischen Vorschläge für eine großzügige Förderung von Wissenschaft und Forschung, für Studenten-Unterstützung, Schulhausbau und Ausbau des Ingenieurschulwesens noch vom rein Beruflichen her mit besonderer Empfänglichkeit auf, so wuchs dadurch auch ihr Verständnis für die Wirtschaftspolitik und für die Wiedervereinigungspolitik der Sozialdemokraten. Herr Schäfer, seinerzeit "Sonderminister", trug das Seinige dazu bei, den Boden aufzulockern, als er vor Jahresfrist auf dem Düsseldorfer Kongress der Freiberufler behauptete, "allein die Tatsache, dass ein Kabinettsmitglied den Auftrag erhalten habe, die Lage der geistig schaffenden Freien Berufe zu prüfen, zeige, mit welchem Ernst die Probleme der Freien Berufe gewürdigt worden" und als er dann gleichzeitig dem Kongress nicht einen einzigen Satz darüber sagen konnte, was denn nun sein Kabinettsmitglied zu tun gedenke, um den Ernst der Lage zu beheben.

"Die Sozialdemokraten können sich rühmen, dass sie mit konkreten Vorschlägen auf diesem Gebiet den anderen Parteien vorangegangen sind", hiess es in der August-Nummer der Zeitschrift des Bundesverbandes der Freien Berufe. Und wenn nun in Köln der gleiche Bundesverband die Regierung Adenauer kritisiert und von der kommenden Bundesregierung fordert, sie solle "endlich auch den geistig Schaffenden die Bedeutung in der Gesetzgebung einräumen", die ihr zukommt, so ist damit allen Angehörigen der Freien Berufe ein Hinweis dafür gegeben, wie sie sich am 15. September zu entscheiden haben.

Auf Wahlreise

FB. Wie es der Zufall wollte, haben sich die Exponenten der beiden grossen deutschen Parteien, Erich Ollenhauer und Dr. Adenauer, auf ihrem Reiseweg quer durch die Bundesrepublik Deutschland am vergangenen Sonntag in Hannover getroffen. Nicht etwa persönlich, aber während Ollenhauer am Vormittag vor der Landesdelegierten-Konferenz seiner Partei sprach und am frühen Nachmittag die Presse empfing, sprach wenige Stunden später Dr. Adenauer wenige Räume entfernt in der Niedersachsenhalle.

Und an diesem Tage wurde so recht deutlich, wie unterschiedlich diese beiden Männer den Wahlkampf führen. Auf der einen Seite der Kanzler, der mit einem luxuriösen Sonderzug fährt, sich mit einem Heer von Bediensteten und Hofschranzen umgeben hat, den argwöhnisch blickende Kriminalbeamte begleiten und der nicht genug uniformierte Polizei aufbieten kann, um sicher zu sein. Der nur in Sälen spricht und Eintrittskarte nur an linientreue Anhänger ausgeben lässt und peinlich darauf bedacht ist, vom Volke Distanz zu wahren, wenn nicht gerade um der Photomotive etwas anderes nötig ist.

Auf der anderen Seite der Oppositionsführer, der ständig Kontakt mit den Menschen gewinnt, zu dessen Versammlungen jeder kommen kann, der will, und der auch keiner Einzeldiskussion ausweicht. Bezeichnend ist vielleicht ein Erlebnis in Herten. Die Kundgebung war beendet und drohende Gewitterwolken zogen sich zusammen. Die ersten schweren Tropfen fielen bereits, aber ein junger Mann liess sich nicht davon abbringen, mit Erich Ollenhauer weiter zu diskutieren. Er begleitete ihn zum Wagen und selbst als der Regen schon prasselte, unterhielt man sich noch. Und rundherum stand ein Wall von Menschen, die zuhörten.

Oder wie menschlich rührend und ansehnlich das Erlebnis auf der Grube Schlägel und Eisen. Plötzlich standen die Förderbänder still, nachdem es vorher nur möglich gewesen war, sich durch lautes Schreien verständlich zu machen. Besorgte Blicke der Herren von der Grubenleitung und dann die verschwitzten Gesichter der beiden Bergarbeiter, die die Maschinen einfach angehalten hatten, weil sie ein Autogramm wollten. Kein Papier, kein Bleistift. Aber Ollenhauer wusste sich zu helfen. Man nahm eben das Butterbrotpapier und statt eines Bleistiftes oder Federhalters ein Stück frisch gebrochene Kohle und es ging auch.

Am Abend auf der Heimfahrt, es goss in Strömen, wurde Rast in

einer neueröffneten Autobahn-Raststätte gemacht. Der Pächter liess es sich nicht nehmen, Erich Ollenhauer das Haus zu zeigen, und obwohl schon ein 12-Stunden-Programm abgewickelt war, fand der Oppositionsführer die Zeit und auch das Interesse, die neuen Kucheneinrichtungen zu besichtigen und mit dem Personal freundliche Worte zu wechseln. Nur einen Wunsch konnte Erich Ollenhauer nicht erfüllen. Der Pächter machte ihn darauf aufmerksam, dass er denselben Namen wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident trage. Könnten Sie, Herr Ollenhauer, nicht dafür sorgen, dass mir einmal das Gehalt des Ministerpräsidenten überwiesen wird, wo ich schon Steinhoff heisse. Ach, meinte Ollenhauer, bei Ihrem Etat lohnt sich doch das gar nicht.

Unvergessen sind auch die beiden Steppkes, die Ollenhauer gesprochen hatte, als er eine moderne Jugendbücherei besichtigte. Sie waren nachher wie die Kletten und den ganzen Nachmittag einfach nicht mehr abzuschütteln. Zwei Bilder mit Autogrammen genügten nicht. Denn bald hatten sie ihre Freunde alarmiert, die nun auch welche haben wollten und schliesslich war die ganze Strassenkorona vertreten.

Ganz anders wieder die Szene in Kulmbach. Völlig unerwartet traf Erich Ollenhauer am letzten Tage des Kulmbacher Bierfestes ein. Wie ein Lauffeuer ging es durch das über 3.000 Menschen fassende Zelt, und bald war Ollenhauer und seine Begleiter völlig eingekreist. Der Oberbürgermeister der Stadt sprang aufs Podium und eigenhändig dirigierte er die Original-Bayerische Kapelle zu Ehren von Erich Ollenhauer. Bald waren alle aus dem Häuschen und in Sprechchören forderten sie den Führer der Opposition auf, zu reden. Er tat es nicht, denn er sagte, die Leute sind hier um Bier zu trinken, und als ihn ein eifriger Reporter über seine Eindrücke befragte, meinte er, und vergessen Sie nicht zu schreiben, das Bier war gut.

Unvergesslich auch das Bild in Hildesheim, als seine Parteifreunde ihn in einem Wagenkorso durch die Stadt geleiteten. Im lo-ka-Tempo nur ging es durch die Stadt, denn überall an den Strassen winkten die Menschen und drängten sich an das Auto.

Besonders gern aber weilt Ollenhauer in seinem Wahlkreis, in Hannover. Auch hier gab es keine Eintrittskarten, wie bei Adanauer, jeder konnte kommen, der wollte. Und es gab auch Zwischenrufe, aber schon nach dem zweiten, der kurz pariert wurde, hatte es der Herr Zwischen-

rufer aufgegeben und unter dem Gelächter der Versammlung verliess er den Saal.

Das ist das bezeichnende der Wahlreise von Ollenhauer. Er schirmt sich nicht ab, sondern er geht unter die Menschen und die Menschen kommen zu ihm. Er hat für jeden Zeit und ein freundliches Wort. Die Haupttournee wird am 17. August beginnen. Das schönste aber, was man auf diesem Weg mitnehmen kann, sind die Worte der Bergarbeiter in Herten, die Ollenhauer's Glückauf mit einem "Glückauf zur Bundestagswahl" beantworteten.

* * *

Gutschein an der Grenze

K.J. Mit der törichtesten Locherei der Personalbescheinigungen von Besuchern aus der Zone ist es ja durch ministerielle Anordnung nun glücklich vorbei. Jeder Mitteldeutsche, der zu uns in die Bundesrepublik kommt, erhält vom zuständigen Sozialamt seines Aufenthaltsorts die 10 DM Taschengeld nur überall ohne das verräterische Loch im Ausweis. Er braucht also nicht mehr zu fürchten, dass er bei seiner Rückkehr in die Zone Schwierigkeiten hat, dass er dem peinlichen - und zuweilen auch folgenschweren - Vorwurf ausgesetzt ist, "Almosen von den Imperialisten" genossen zu haben.

So weit, so gut. Aber die ängstliche Bürokratie hat nicht auf diese Bedingung verzichtet: der Besucher muss innerhalb von fünf Tagen die "Summe" von 10 Mark abholen. Es könnte ja sonst geschehen, dass er, vom Kontroll-Loch befreit, das Geld mehrmals abholt. Mal in Hamburg, mal in Hannover, mal in München. Behörden sind misstrauisch. Wer die Kunst des Betrugens einigermaßen gut beherrscht, könnte ja wochenlang in der Bundesrepublik herumreisen und vom "Taschengeld" ein reicher Mann werden! Schön: eine Kontrollmöglichkeit soll es geben. Aber ist die Fünftage-Frist wirklich eine glückliche Lösung? Tausende haben sie schon versäumt, weil sie einfach nichts davon wussten. Und unbequem ist es obendrein: der Gastgeber, der besuchte Bundesbürger, muss mit hin zum Sozialamt und durch Vorlage seines eigenen Personalausweises den Mann hinterm Schreibtisch davon überzeugen, dass alles seine Richtigkeit hat, dass der Taschengeldaspirant kein Lump und Betrüger ist. Ein Antrag muss ausgefüllt und unterschrieben werden. Und das alles für 10.-- DM, die der Staat für seine in den Sonntagsreden der Regierungspolitiker immer wieder beschworenen "Brüder und Schwestern aus Mitteldeutschland" zu geben bereit ist. Weil uns ja "kein Opfer zu gross ist..."

Es geht auch anders. Unbürokratischer. Würdiger. Der Präsident der deutschen Friedensgesellschaft, der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Wenzel, hat dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen einen besseren Weg vorgeschlagen: man soll den Besuchern von drüben schon an der Zonengrenze - neben einer freundlichen Begrüssung und einem Merkblatt - gleich einen Gutschein über 10.- Mark überreichen, den er dann jederzeit bei irgendeinem Sozialamt einlösen kann.

Das ist einfach, anständig und befreit unsere Gäste von drüben von dem peinlichen Gefühl, Bittsteller zu sein. Es wäre schön, wenn sich die Regierung bald dazu entschliessen könnte, den Vorschlag anzunehmen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel